

POLICY BRIEF

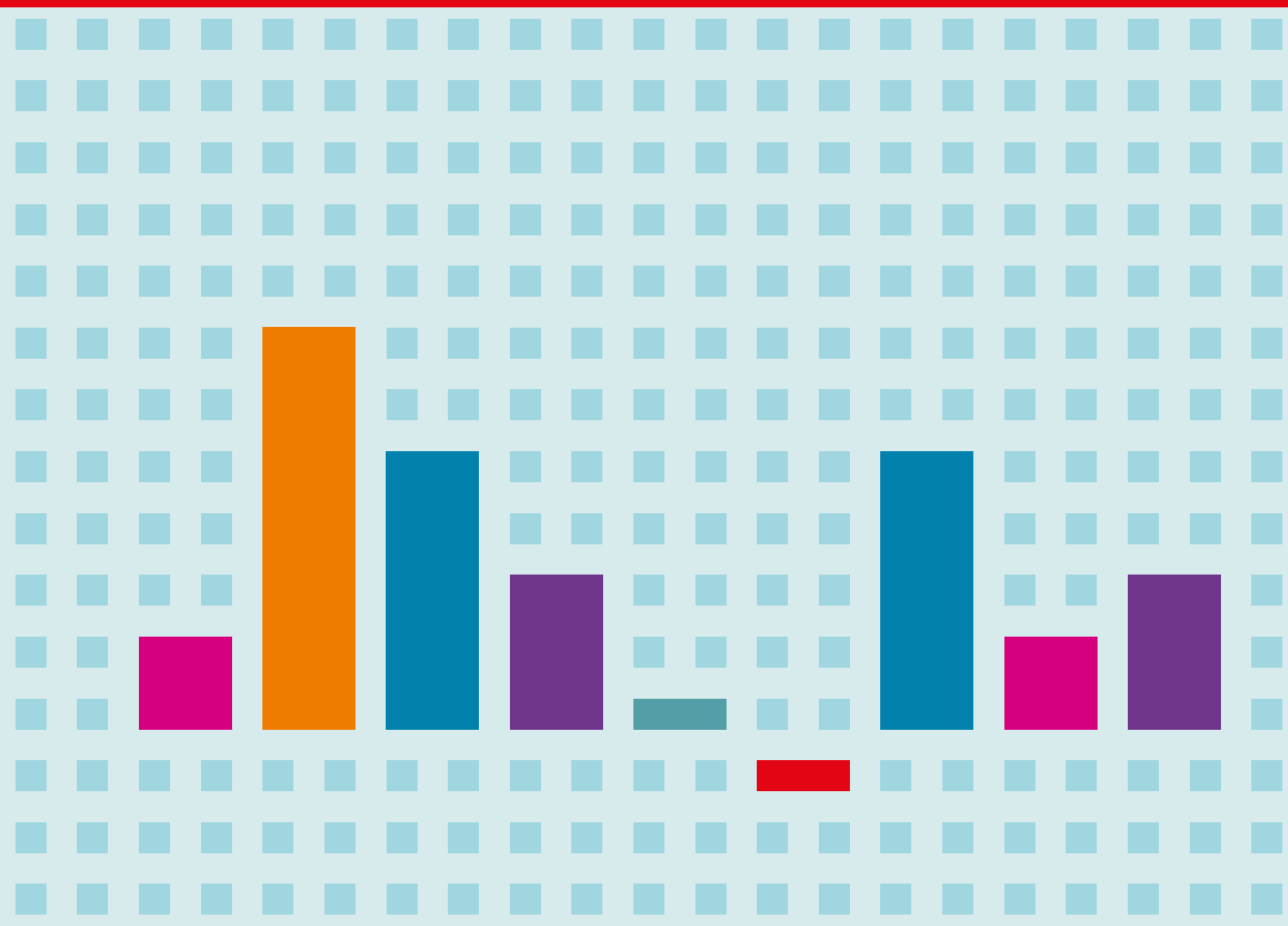
IMK Policy Brief Nr. 205 · Dezember 2025

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

LOCKERUNG DER SCHULDENBREMSE 2025 FINDET DEUTLICHEN RÜCKHALT IN DER BEVÖLKERUNG

Erkenntnisse aus einer Online-Umfrage

Jan Behringer, Lukas Endres



LOCKERUNG DER SCHULDENBREMSE 2025 FINDET DEUTLICHEN RÜCKHALT IN DER BEVÖLKERUNG

Erkenntnisse aus einer Online-Umfrage

Jan Behringer¹, Lukas Endres²

Zusammenfassung

Im März 2025 einigten sich CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf eine Reform der Schuldenbremse. Diese ermöglicht nun kreditfinanzierte Ausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz außerhalb der ursprünglichen Schuldenregel. Anhand einer aktuellen Online-Umfrage wird in diesem Policy Brief gezeigt, dass die Reform von großen Teilen der Bevölkerung in Deutschland befürwortet wird. Besonders ausgeprägt ist die Unterstützung unter Anhänger:innen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU. Bei den einzelnen Elementen der Reform erhalten das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben eine größere Unterstützung als die Ausweitung des Verschuldungsspielraums der Bundesländer. Im Vergleich zu früheren Umfragen deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sich in Teilen der Bevölkerung zuletzt eine Neubewertung der Schuldenbremse vollzogen hat und vor allem zweckgebundene Formen der staatlichen Kreditaufnahme Akzeptanz finden. Mit Blick auf die Modernisierung der Schuldenbremse liefern unsere Umfragedaten zudem Hinweise, dass Weiterentwicklungen der Schuldenregel, die Raum zur Finanzierung öffentlicher Investitionen schaffen, in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stoßen dürften.

¹ Referatsleitung Makroökonomie der Einkommensverteilung, Jan-Behringer@boeckler.de

² Wissenschaftlicher Referent, Lukas-Endres@boeckler.de

Einleitung

Im März 2025 beschloss der 20. Deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine Grundgesetzänderung zur Reform der Schuldenbremse.³ Diese Reform umfasst im Wesentlichen drei Elemente: Ausgaben für Verteidigung und bestimmte sicherheitspolitische Ausgaben (z.B. Zivil- und Bevölkerungsschutz) oberhalb von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden künftig von der Schuldenbremse ausgenommen. Außerdem wird der Verschuldungsspielraum der Bundesländer erhöht, die künftig gemeinsam Kredite in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufnehmen dürfen. Darüber hinaus beinhaltet die Reform ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität, die über einen Zeitraum von zwölf Jahren bewilligt werden können. Davon werden 100 Milliarden Euro den Ländern zur Verfügung gestellt. Weitere 100 Milliarden Euro fließen in den Klima- und Transformationsfonds.

Mit dieser Reform sollte die Voraussetzung geschaffen werden, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken, den finanziellen Handlungsspielraum der Länder und Kommunen zu erhöhen und zusätzliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur vorzunehmen.

Des Weiteren hat im September 2025 eine Kommission der Bundesregierung zur Modernisierung der Schuldenregel im Grundgesetz ihre Arbeit aufgenommen. Diese Kommission soll Vorschläge für eine Reform der Schuldenbremse entwickeln, die zwei Ziele erreicht: Die reformierte Schuldenregel soll dauerhaft zusätzliche Investitionen in die Stärkung Deutschlands ermöglichen und gleichzeitig eine tragfähige Entwicklung der öffentlichen Finanzen sicherstellen.

Der vorliegende Policy Brief analysiert, wie die Bevölkerung in Deutschland die im März 2025 beschlossene Reform der Schuldenbremse bewertet und welche Auswirkungen sie von der Reform erwartet. Darüber hinaus werden mit Blick auf die Weiterentwicklung der Schuldenregel auch die allgemeinen Einstellungen der Menschen zu kreditfinanzierten Staatsausgaben für verschiedene Verwendungszwecke untersucht. Als Datengrundlage dient eine repräsentative Online-Umfrage, die im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) im Oktober/November 2025 unter der Bevölkerung in Deutschland durchgeführt wurde.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland die Reform der Schuldenbremse befürwortet. Dies ist bemerkenswert, da frühere Umfragen eine mehrheitliche Zustimmung für die bisherige, restriktivere Schuldenregel dokumentieren. Besonders ausgeprägt ist die Unterstützung für die Reform unter Anhänger:innen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und CDU/CSU. Allgemein fällt die Unterstützung für das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie für die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben höher aus als für die Ausweitung des Verschuldungsspielraums der Bundesländer. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sich die Haltung zur Schuldenbremse in der Bevölkerung zuletzt gewandelt hat und insbesondere zweckgebundene Formen staatlicher Kreditaufnahme zunehmend Akzeptanz finden. Für die aktuelle Debatte zur Modernisierung der Schuldenbremse liefert unsere Umfrage zudem Hinweise, dass Weiterentwicklungen der Schuldenregel, die Raum zur Finanzierung öffentlicher Investitionen schaffen, in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stoßen dürften.

³ Die Schuldenbremse wurde 2009 im Grundgesetz verankert und regelt die staatliche Schuldenaufnahme. Die bisherige Regelung begrenzte die strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (mit Ausnahmen für Naturkatastrophen oder andere Notsituationen).

Umfrage zur Reform der Schuldenbremse

Die Daten für diesen Policy Brief wurden im Rahmen einer repräsentativen Befragung von Personen im Alter von 18 bis 75 Jahren in Deutschland erhoben, die im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) durchgeführt wurde. Dazu wurden im Zeitraum vom 2. Oktober bis 2. November 2025 rund 7.000 Personen befragt. Die Befragung wurde als computergestützte Online-Befragung (Computer Assisted Web Interviewing, CAWI) umgesetzt. Die Stichprobe wurde aus einem Online-Access-Panel gezogen und nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Haushaltseinkommen quotiert. Das bedeutet, dass eine Stichprobe erhoben wurde, die die Bevölkerung Deutschlands entsprechend dieser Merkmale adäquat abbildet. Die Quotenvorgaben basieren auf dem bevölkerungsrepräsentativen Mikrozensus 2022 des Statistischen Bundesamtes. Die Analyse im vorliegenden Policy Brief verwendet eine Teilstichprobe von rund 2.700 Beobachtungen. Dabei handelt es sich um den Teil der Befragten, der eine Bewertung der Reform der Schuldenbremse vorgenommen hat. Der Abgleich der Daten mit dem Mikrozensus zeigt geringe Verzerrungen in Bezug auf die Quotenvorgaben. Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse die Grundgesamtheit möglichst genau abbilden, wurde die finale Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Region und Haushaltseinkommen gewichtet.

Darüber hinaus kann die Stichprobe in nicht direkt kontrollierten Charakteristiken von der Gesamtpopulation abweichen, da die Teilnahme an Umfragen im Rahmen eines Online-Access Panels einen Internetzugang sowie die selbstständige Registrierung erfordert. In der Literatur werden mögliche Verzerrungen insbesondere in Bezug auf Einkommen, Bildung, Alter und politische Einstellungen intensiv diskutiert (Baker et al. 2010; Callegaro et al. 2014; Cornesse et al. 2020). Verzerrungen der Stichprobe hinsichtlich der politischen Präferenzen der Befragten könnten sich auch in der Bewertung der Reform der Schuldenbremse widerspiegeln. Ein Vergleich der abgefragten Parteineigung mit der zum Befragungszeitraum aktuellen Sonntagsfrage zeigt lediglich geringe Abweichungen, die durch die Gewichtung der Stichprobe korrigiert werden.

Ein weiterer Kritikpunkt an Online-Befragungen ist, dass monetäre Anreize für die Teilnahme an Umfragen mit einem erhöhten Risiko oberflächlicher oder unaufmerksamer Antworten einhergehen (Callegaro et al. 2014). Zur Sicherung der Datenqualität wurden deshalb Aufmerksamkeitstests implementiert, die bei Falschbeantwortung zum Ausschluss aus der Umfrage führten. Darüber hinaus wurden Befragungsdaten von Teilnehmenden, die durch sehr kurze Bearbeitungszeiten auffielen, in der Analyse nicht berücksichtigt.

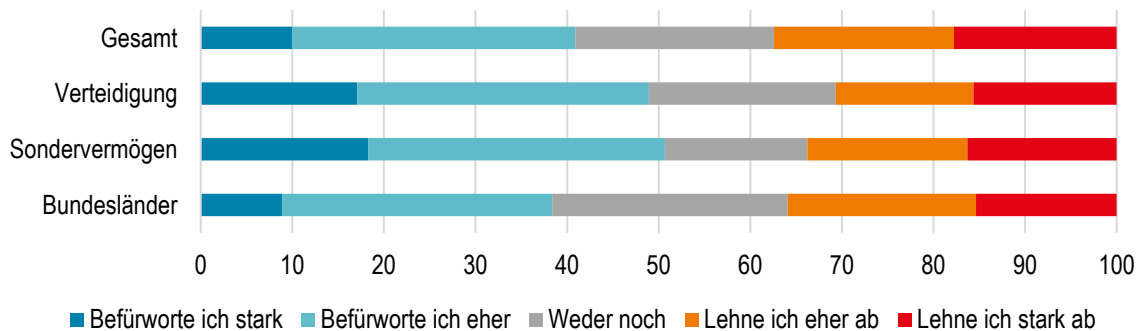
Einstellungen zur Reform der Schuldenbremse

Im ersten Schritt haben wir die Einstellungen zur Reform der Schuldenbremse erhoben. Den Befragten wurde zunächst erläutert, dass im März 2025 eine Reform der Schuldenbremse im Grundgesetz beschlossen wurde und welche Elemente diese Reform umfasst. Anschließend wurden sie gefragt, inwiefern sie die Reform der Schuldenbremse befürworten oder ablehnen. Die

Antwort konnte dabei auf einer fünfstufigen Skala von „Befürworte ich stark“ bis „Lehne ich stark ab“ gegeben werden.⁴

Abbildung 1: Einstellungen zur Reform der Schuldenbremse

Angaben in %



Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Die Umfragedaten zeigen, dass die Reform der Schuldenbremse von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt wird (siehe Abbildung 1). So gaben rund 41 Prozent der Befragten an, die Reform insgesamt zu befürworten. Weitere 22 Prozent stehen ihr neutral gegenüber. Demgegenüber antworteten rund 37 Prozent der Befragten, dass sie die Reform der Schuldenbremse ablehnen würden, darunter rund 18 Prozent, die eine starke Ablehnung äußerten.

Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als Umfragen vor der Reform der Schuldenbremse überwiegend eine mehrheitlich positive Bewertung ihrer bisherigen Ausgestaltung in der Bevölkerung dokumentiert haben (Behringer et al. 2024; Blesse und Nover 2025; Hayo und Neumeier 2016). Die aktuellen Ergebnisse deuten demnach darauf hin, dass sich in jüngerer Zeit eine Neubewertung der Schuldenbremse vollzogen hat und die umgesetzte Reform vor dem Hintergrund aktueller wirtschaftlicher und geopolitischer Herausforderungen als angemessene Maßnahme bewertet wird.⁵

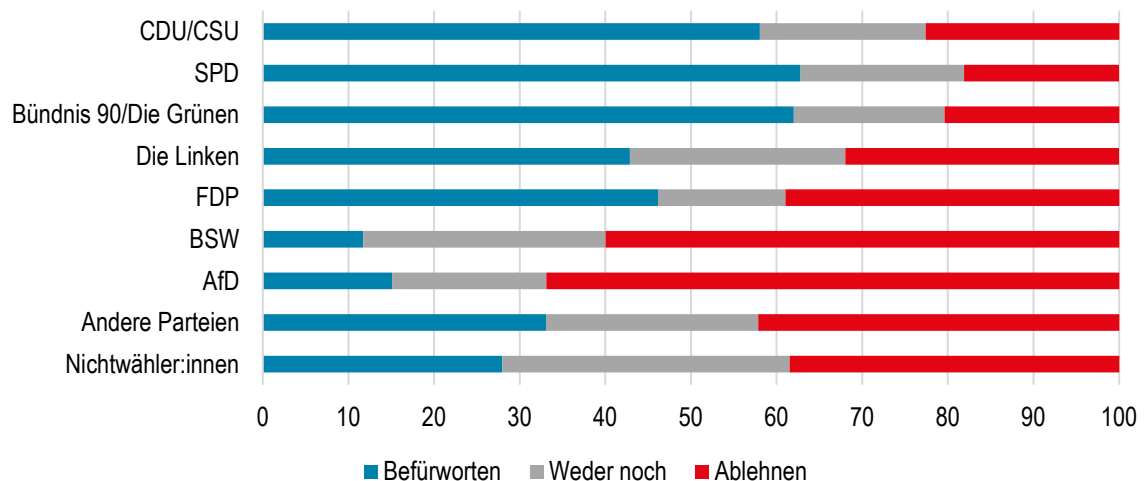
Im zweiten Schritt haben wir die Teilnehmenden zu ihrer Bewertung der einzelnen Elemente der Reform befragt. Die Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede in der Unterstützung der einzelnen Maßnahmen. Rund 51 Prozent der Befragten gaben an, dass sie das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (eher oder stark) befürworten würden. Demgegenüber äußerten lediglich 34 Prozent, dass sie dieses Reformelement (eher oder stark) ablehnen würden. Die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben wird von rund 49 Prozent der Befragten befürwortet und von rund 31 Prozent abgelehnt. Deutlich geringer fällt hingegen die Unterstützung

⁴ Bei der Analyse der Einstellungen nach Parteipräferenz und Alter wurden die Antworten „Befürworte ich stark“ und „Befürworte ich eher“ zur Kategorie „Befürworten“ aggregiert. Die Antworten „Lehne ich stark ab“ und „Lehne ich eher ab“ wurden zur Kategorie „Ablehnen“ aggregiert.

⁵ Bereits vor der Bundestagswahl 2025 haben Vallee und de Weck (2025) anhand einer Online-Umfrage gezeigt, dass 46 Prozent der Bevölkerung die Schuldenbremse zur Finanzierung von Investitionen reformieren und 9 Prozent sie abschaffen wollten. Analog hierzu haben Diermeier et al. (2025) gezeigt, dass sich rund 77 Prozent der Bevölkerung eine Lockerung der Schuldenbremse zumindest für bestimmte Aufgabenfelder wünschten.

für die Erweiterung des Verschuldungsspielraums der Bundesländer aus: Für diese Regelung sprechen sich rund 38 Prozent der Befragten aus, wobei sie mit rund 36 Prozent von einem ähnlich hohen Anteil abgelehnt wird. Dieser Befund legt nahe, dass eine Kreditaufnahme mit Zweckbindung in der Bevölkerung in Deutschland deutlich beliebter ist als eine Kreditaufnahme ohne Zweckbindung.

Abbildung 2: Einstellung zur Reform der Schuldenbremse nach Parteipräferenz
Angaben in %



Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



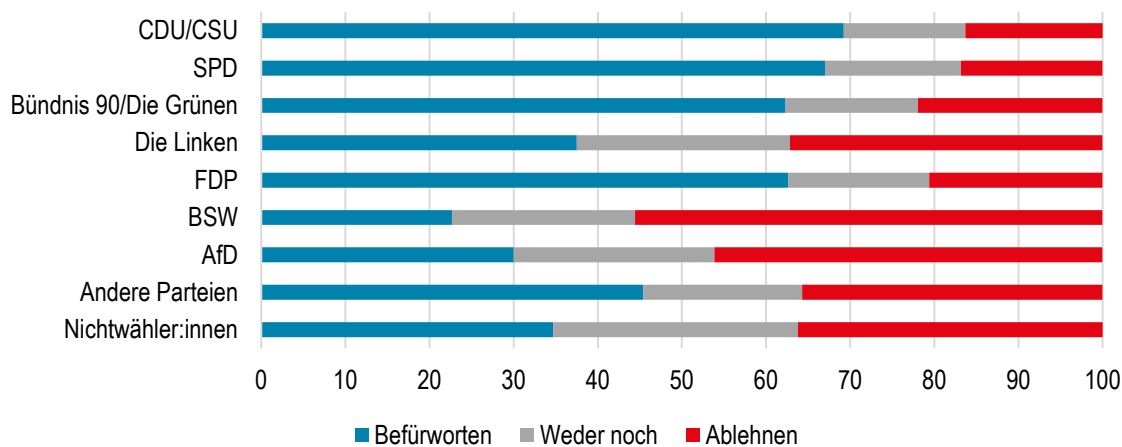
Die Bewertung der Reform der Schuldenbremse hängt stark von der Parteipräferenz der Befragten ab (siehe Abbildung 2). Die Anhänger:innen von CDU/CSU (58 Prozent), SPD (63 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (62 Prozent) unterstützen die Reform mehrheitlich. Unter den Anhänger:innen von Die Linke und der FDP äußerten noch jeweils mehr als 40 Prozent ihre Unterstützung. Am geringsten fällt die Unterstützung bei Anhänger:innen von AfD und BSW aus. Diese Gruppen lehnen die Reform der Schuldenbremse sogar mehrheitlich ab (AfD: 67 Prozent, BSW: 60 Prozent).

Bei der Betrachtung der einzelnen Reformelemente (siehe Abbildung 3) zeigt sich unter den Anhänger:innen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen jeweils eine mehrheitliche Zustimmung, die mit der insgesamt positiven Bewertung der Reform durch diese Gruppen übereinstimmt. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Unterstützung für die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben und das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität in allen drei Gruppen deutlich größer ausfällt als für die Ausweitung des Verschuldungsspielraums für die Bundesländer. So befürworten jeweils rund zwei Drittel der Anhänger:innen von CDU/CSU und SPD die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben (CDU/CSU: 69 Prozent, SPD: 67 Prozent) und das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (CDU/CSU: 65 Prozent, SPD: 69 Prozent). Unter den Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen unterstützen sogar rund 78 Prozent das Sondervermögen und 62 Prozent die Bereichsausnahme. Die Ausweitung des Verschuldungsspielraums für die Bundesländer wird in allen drei Gruppen jedoch nur von gut der Hälfte befürwortet.

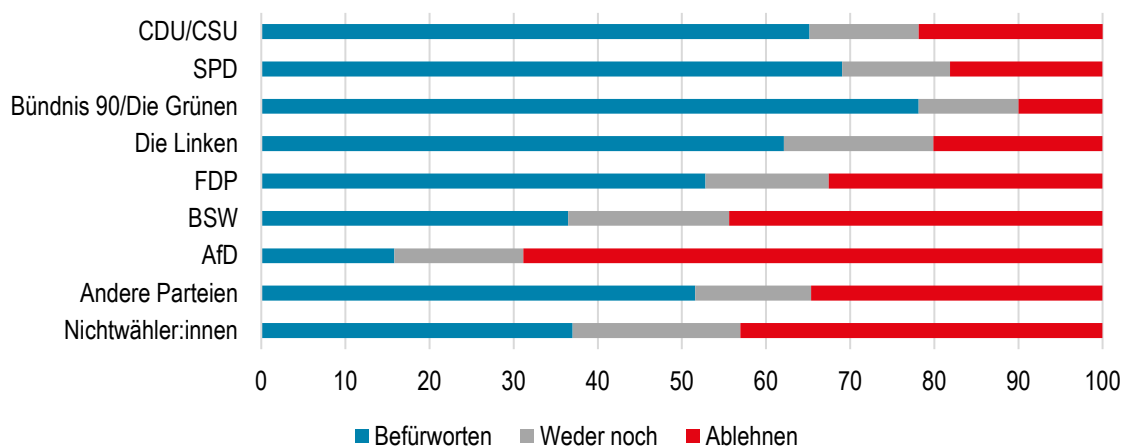
Abbildung 3: Einstellungen zu Reformelementen nach Parteipräferenz

Angaben in %

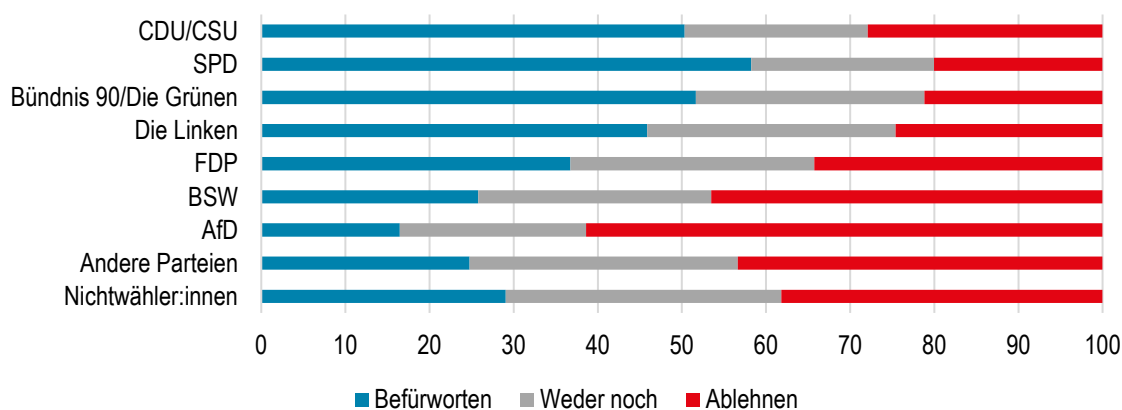
a) Verteidigung



b) Sondervermögen



c) Bundesländer



Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.

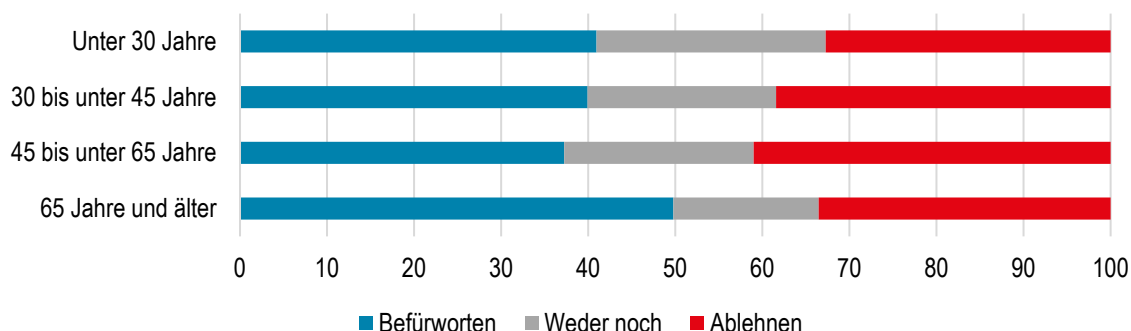
Unter den Anhänger:innen von Die Linke lässt sich die geringere Unterstützung für die Reform der Schuldenbremse darauf zurückführen, dass sowohl die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben als auch die Ausweitung des Verschuldungsspielraums für die Bundesländer auf vergleichsweise geringe Zustimmung stoßen. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität wird in dieser Gruppe hingegen von einer großen Mehrheit befürwortet (62 Prozent).

Unter den Anhänger:innen der FDP äußerte eine große Mehrheit (63 Prozent) ihre Unterstützung für die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben. Auch das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität wird immerhin von gut der Hälfte (53 Prozent) der Anhänger:innen befürwortet. Bei der geplanten Ausweitung des Verschuldungsspielraums für die Bundesländer fällt die Zustimmung deutlich geringer aus (37 Prozent).

Die weit verbreitete Ablehnung der Reform der Schuldenbremse unter den Anhänger:innen der AfD zeigt sich sowohl beim Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (69 Prozent) als auch bei der Ausweitung des Verschuldungsspielraums für die Bundesländer (61 Prozent). Die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben wird in dieser Gruppe hingegen von weniger als der Hälfte abgelehnt (46 Prozent).

Abbildung 4: Einstellungen zur Reform der Schuldenbremse nach Alter

Angaben in %



Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



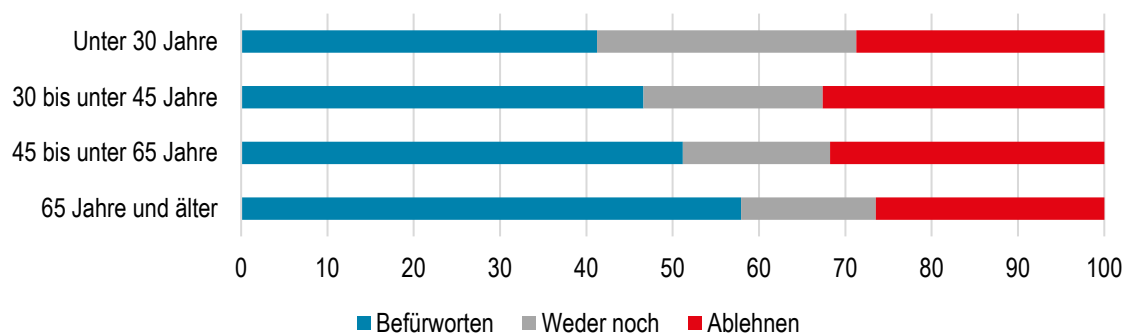
Abbildung 4 zeigt die Einstellungen zur Reform der Schuldenbremse nach Altersgruppen. Die Gesamtbewertung der Reform unterscheidet sich zwischen den Altersgruppen nur geringfügig. Bei den unter 30-Jährigen sprechen sich rund 41 Prozent für die Reform aus, während sie von etwa einem Drittel abgelehnt wird. In den beiden mittleren Altersgruppen der 30- bis unter 50-Jährigen sowie der 50- bis unter 65-Jährigen unterstützen rund 40 Prozent bzw. 37 Prozent die Reform. Etwas höher ist die Unterstützung in der ältesten Gruppe (65 Jahre und älter). Hier befürworten rund die Hälfte der Befragten die Reform, während sie von einem Drittel abgelehnt wird.

Die Ergebnisse liefern somit keine Hinweise, dass ältere Generationen gegen den Willen jüngerer Generationen eine Reform der Schuldenbremse durchsetzen würden. Die Zustimmung fällt in der ältesten Gruppe zwar etwas höher aus als in den anderen Gruppen. Ein generationeller Konflikt, bei dem Ältere eine Reform präferieren, die von Jüngeren klar abgelehnt wird, lässt sich anhand der Umfragedaten aber nicht erkennen.

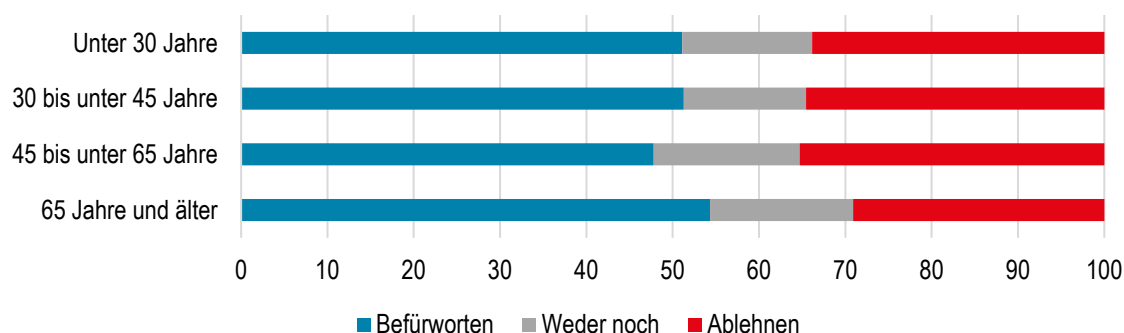
Abbildung 5: Einstellungen zu Reformelementen nach Alter

Angaben in %

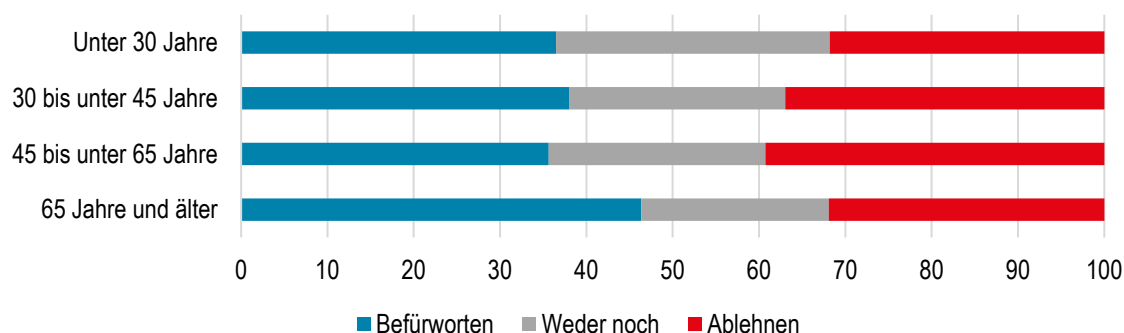
a) Verteidigung



b) Sondervermögen



c) Bundesländer



Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



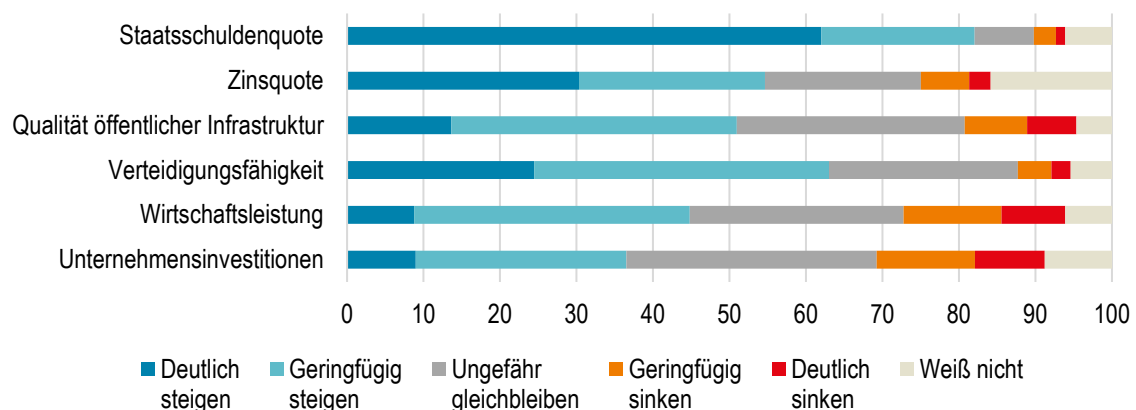
Bei der Betrachtung der einzelnen Reformelemente (siehe Abbildung 5) zeigt sich, dass die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben sowie das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz über alle Altersgruppen hinweg stark befürwortet werden. Die Ausweitung des Verschuldungsspielraums für die Bundesländer erhält hingegen eine etwas geringere Unterstützung. Insgesamt entspricht dieses Bewertungsmuster weitgehend dem der Reform als Ganzes. Eine Ausnahme bildet allerdings die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben, die von der jüngeren Altersgruppe kritischer beurteilt wird als von den älteren. Dies könnte an der Ausgestaltung dieser Regelung liegen, die theoretisch unbegrenzte Kreditaufnahme für Verteidigungsausgaben

ermöglicht und bei Jüngeren Befürchtungen über langfristig höhere steuerliche Belastungen oder eingeschränkte staatliche Handlungsspielräume hervorrufen könnte.

Erwartete Auswirkungen der Reform der Schuldenbremse

Welche Auswirkungen der Reform der Schuldenbremse erwarten die Menschen? Wir haben die Teilnehmenden der Umfrage um ihre Einschätzung gebeten, wie sich die Reform der Schuldenbremse in den kommenden fünf Jahren auf verschiedene Bereiche auswirken wird, darunter (a) die Staatsschuldenquote, (b) die staatliche Zinsquote, (c) die Qualität der öffentlichen Infrastruktur, (d) die Verteidigungsfähigkeit des Landes, (e) die Wirtschaftsleistung und (f) die Investitionen der privaten Unternehmen. Dabei konnten die Befragten ihre Antwort auf einer fünfstufigen Skala von „Deutlich sinken“ bis „Deutlich steigen“ wählen.

Abbildung 6: Erwartete Auswirkungen der Reform der Schuldenbremse
Angaben in %



Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Unsere Umfrageergebnisse zeigen, dass die Befragten erhebliche Auswirkungen der Reform der Schuldenbremse auf die öffentlichen Finanzen erwarten (siehe Abbildung 6). So gaben rund 82 Prozent an, dass die Staatsschuldenquote in den kommenden fünf Jahren aufgrund der Reform steigen wird, darunter mehr als 60 Prozent, die sogar einen deutlichen Anstieg erwarten. Außerdem geht mehr als die Hälfte der Befragten davon aus, dass durch die Reform die staatliche Zinsquote zunehmen wird.

Zugleich erwarten die Befragten jedoch, dass die mit der Reform verbundenen Ziele erreicht werden. Besonders positiv werden dabei die Auswirkungen auf die Qualität der öffentlichen Infrastruktur und die Verteidigungsfähigkeit des Landes eingeschätzt. So erwarten rund 51 Prozent durch die Reform eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und sogar rund 63 Prozent eine Zunahme der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Dazu passen auch die überwiegend positiven Einschätzungen zu den Effekten der Reform auf die Wirtschaftsleistung (45 Prozent) und die Investitionen der privaten Unternehmen (37 Prozent).

Dass ein großer Teil der Befragten eine „geringfügige“ Verbesserung der Infrastruktur über die kommenden fünf Jahre erwartet, aber nur ein kleinerer Teil eine „deutliche“ Verbesserung, könnte

ein Indiz dafür sein, dass den Menschen bewusst ist, wie viel Zeit die Umsetzung großer Infrastrukturprojekte in Deutschland benötigt. Möglich wäre aber auch, dass die Befragten das Sondervermögen mit Blick auf die Investitionsbedarfe in Deutschland als zu klein dimensioniert wahrnehmen oder befürchten, dass die Mittel nicht vollständig in zusätzliche Infrastrukturinvestitionen fließen. Dullien et al. (2024) hatten den öffentlichen Investitionsbedarf – ohne den Gesundheitsbereich – auf mindestens 600 Milliarden Euro in Preisen von 2024 geschätzt. Da das Sondervermögen bis Mitte der 2030er Jahre ausgegeben werden soll und bis dahin die Preise absehbar weiter steigen werden, könnte das Sondervermögen selbst bei idealer Nutzung ausschließlich für zusätzliche Investitionen bestenfalls zwei Drittel der Investitionslücke abdecken.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Reform der Schuldenbremse von der Bevölkerung als Maßnahme verstanden wird, die die staatliche Leistungsfähigkeit stärkt und wirtschaftliche Impulse setzt, aber gleichzeitig eine höhere Staatsverschuldung und steigende Zinslasten mit sich bringt. Die breite Unterstützung für die Reform legt nahe, dass die Bevölkerung die Investitionsbedarfe in zentralen Bereichen wie Infrastruktur und Verteidigung inzwischen als so dringlich erachtet, dass eine höhere Staatsverschuldung als vertretbar angesehen wird.

Einstellungen zu kreditfinanzierten Staatsausgaben

Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD vereinbart, eine Expertenkommission einzusetzen, die Vorschläge zur Modernisierung der im Grundgesetz verankerten Schuldenregel entwickelt. Die neuen Reformen sollen laut Mandat dauerhaft zusätzliche Investitionen zur Stärkung der deutschen Wirtschaft ermöglichen und zugleich eine tragfähige Entwicklung der öffentlichen Finanzen sicherstellen. Um einschätzen zu können, wie mögliche Anpassungen der Schuldenregel gesellschaftlich bewertet werden, haben wir zusätzlich erhoben, wie die Bevölkerung in Deutschland zur staatlichen Kreditaufnahme für Ausgaben in verschiedenen Bereichen steht.

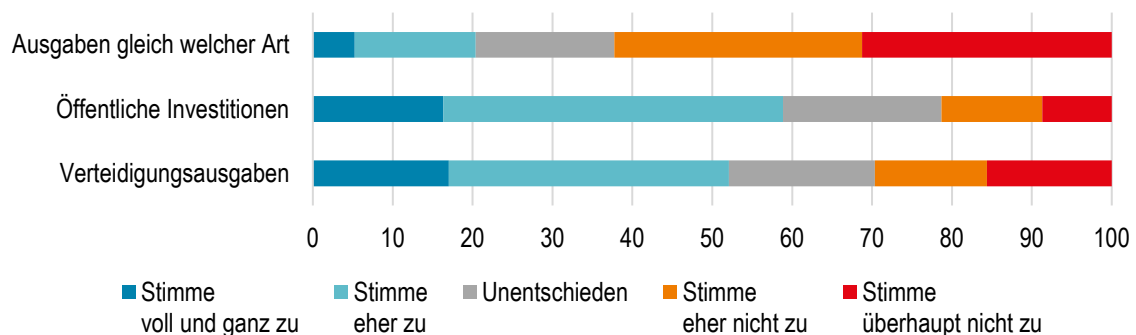
Wir haben die Teilnehmenden der Umfrage deshalb gefragt, inwiefern der Staat die Möglichkeit haben sollte, für bestimmte Zwecke Kredite aufzunehmen. Dabei wurde unterschieden zwischen Krediten für (a) Ausgaben gleich welcher Art, (b) öffentliche Investitionen und (c) Verteidigungsausgaben. Die Befragten konnten ihre Antwort jeweils auf einer fünfstufigen Skala von „Stimme voll und ganz zu“ bis „Stimme überhaupt nicht zu“ auswählen. Damit lässt sich untersuchen, welche Einstellungen die Menschen in Deutschland zur staatlichen Kreditaufnahme generell haben und inwiefern sich diese Einstellungen nach dem Verwendungszweck der Kredite unterscheiden.

Die Auswertung unserer Umfragedaten verdeutlicht, dass die Zustimmung zur staatlichen Kreditaufnahme maßgeblich durch den vorgesehenen Verwendungszweck bestimmt wird (siehe Abbildung 7). Lediglich rund 20 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass der Staat zur Finanzierung von Ausgaben gleich welcher Art Kredite aufnehmen dürfen sollte. Mit rund 62 Prozent lehnt die große Mehrheit der Befragten eine staatliche Kreditaufnahme für Ausgaben ohne Zweckbindung ab. Die Einstellungen zur staatlichen Kreditaufnahme verändern sich jedoch deutlich, wenn diese zur Finanzierung öffentlicher Investitionen dient. Mit rund 59 Prozent stimmt mehr als die Hälfte der Befragten einer Kreditaufnahme zur Finanzierung öffentlicher Investitionen zu. Nur rund 21 Prozent vertreten die Position, dass es dem Staat nicht erlaubt sein sollte, für öffentliche Investitionen Kredite aufzunehmen. Die Zustimmung zur staatlichen Kreditaufnahme fällt ebenfalls relativ hoch aus, wenn die Kredite zur Finanzierung von Verteidigungsausgaben

verwendet werden. Rund 52 Prozent der Befragten äußerten hierzu ihre Zustimmung, wohingegen rund 30 Prozent der Befragten einer solchen Verwendung staatlicher Kredite ablehnend gegenüberstehen.

Abbildung 7: Einstellungen zu kreditfinanzierten Staatsausgaben

Angaben in %



Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Die Ergebnisse zeigen, dass die Zustimmung zur staatlichen Kreditaufnahme vom spezifischen Verwendungszweck abhängt. Während eine Kreditaufnahme für nicht zweckgebundene Ausgaben nur von einer Minderheit unterstützt wird, zeigt sich für zweckgebundene Formen der Staatsverschuldung eine deutlich höhere Akzeptanz in der Bevölkerung. Besonders ausgeprägt ist dies bei öffentlichen Investitionen, für die eine Mehrheit der Menschen eine staatliche Kreditaufnahme befürwortet. Auch für die Finanzierung von Verteidigungsausgaben fällt die Zustimmung relativ hoch aus, wenn auch geringer als für öffentliche Investitionen im Allgemeinen. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass staatliche Verschuldung vor allem dann Akzeptanz in der Bevölkerung findet, wenn sie als Mittel zur Finanzierung zukunftsorientierter oder sicherheitsrelevanter Aufgaben dient.

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse unserer Umfrage verdeutlichen, dass die im Frühjahr 2025 beschlossene Reform der Schuldenbremse aktuell, etwas mehr als ein halbes Jahr nach der Verabschiedung, von großen Teilen der Bevölkerung befürwortet wird. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, weil frühere Umfragen dokumentiert haben, dass die Bevölkerung die vorherige Schuldenregel lange mehrheitlich unterstützte. Die veränderte Haltung zur Schuldenbremse deutet darauf hin, dass viele Menschen die gegenwärtigen wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen als so gravierend erachten, dass eine höhere Staatsverschuldung als vertretbar angesehen wird. Zudem ist auffällig, dass die Zustimmung zu einer Kreditaufnahme mit Zweckbindung höher ausfällt als zu einer Kreditaufnahme ohne Zweckbindung. Das spiegelt sich sowohl in der Bewertung der einzelnen Maßnahmen der Reform der Schuldenbremse als auch in den grundsätzlichen Einstellungen zur staatlichen Kreditaufnahme für verschiedene Bereiche wider. Um den gesellschaftlichen Rückhalt für die umgesetzte Reform sowie für Weiterentwicklungen der Schuldenregel nicht zu gefährden, sollten die verfügbaren Finanzmittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität zur Finanzierung bislang nicht geplanter Investitionsprojekte verwendet werden.

Literaturverzeichnis

- Baker, R. / Blumberg, S. J. / Brick, J. M. / Couper, M. P. / Courtright, M. / Dennis, J. M. / Dillman, D. / Frankel, M. R. / Garland, P. / Groves, R. M. / Kennedy, C. / Krosnick, J. / Lavrakas, P. J. / Lee, S. / Link, M. / Piekarski, L. / Rao, K. / Thomas, R. K. / Zahs, D. (2010): Research Synthesis. AAPOR Report on Online Panels. In: Public Opinion Quarterly, Jg. 74, H. 4, S. 711-781.
- Behringer, J. / Dräger, L. / Dullien, S. / Gechert, S. (2024): News and views on public finances: A survey experiment. IMK Working Paper Nr. 223. Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf.
- Blesse, S. / Nover, J. (2025): Zustimmung oder Skepsis? Einstellungen der Bevölkerung zur Schuldenbremse in Deutschland über die Zeit. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Jg. 26, H. 2, S. 174-192.
- Callegaro, M. / Villar, A. / Krosnick, J. / Yeager, D. (2014): A critical review of studies investigating the quality of data obtained with online panels based on probability and nonprobability samples. In: Callegaro, M. / Baker, R. / Bethlehem, J. / Goritz, A. S. / Krosnick, J. A. / Lavrakas, P. J. (Hrsg.): Online Panel Research: A Data Quality Perspective. UK: John Wiley & Sons, S. 23-53.
- Cornesse, C. / Blom, A. G. / Dutwin, D. / Krosnick, J. A. / Leeuw, E. D. de / Legleye, S. / Pasek, J. / Pennay, D. / Phillips, B. / Sakshaug, J. W. / Struminskaya, B. / Wenz, A. (2020): A Review of Conceptual Approaches and Empirical Evidence on Probability and Nonprobability Sample Survey Research. In: Journal of Survey Statistics and Methodology, Jg. 8, H. 1, S. 4-36.
- Diermeier, M. / Hentze, T. / Niehues, J. (2025): Mehrheit für Ausnahmen von der Schuldenbremse: Konsens möglich. IW-Kurzbericht Nr. 22. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Dullien, S. / Gerards Iglesias, S. / Hüther, M. / Rietzler, K. (2024): Herausforderungen für die Schuldenbremse. IMK Policy Brief Nr. 168. Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf.
- Hayo, B. / Neumeier, F. (2016): The debt brake in the eyes of the German population, In: International Economics and Economic Policy, Jg. 13, H. 1, S. 139-159.
- Valleé, S. / Weck, J. de (2025): [Mehrheit der Deutschen unterstützt Änderungen an der Schuldenbremse](#). Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, zuletzt aufgerufen am 04.12.2025.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
